

14. März 2018

Pressemitteilung

## **Fehlerhafte Behandlung in Erstaufnahmeeinrichtung ist strukturelles Problem: Für Asylsuchende muss freie Ärzte-Wahl gelten**

Am 9. März wurde bekannt, dass ein Arzt in der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Nostorf-Horst eine Patientin so schwer verletzt haben soll, dass sie in ein Krankenhaus verbracht werden musste. PRO BLEIBERECHT fordert nach zahlreichen Gesprächen mit Bewohner\*innen der Einrichtung, dass für Asylsuchende mindestens die freie Arztwahl gelten muss.

„Die medizinische Versorgung in einer Sammeleinrichtung kann nicht den medizinischen Bedarfen jedes Einzelnen gerecht werden“ erklärt Ernst-Ludwig Iskenius, aktiv bei PRO BLEIBERECHT und selbst pensionierter Arzt. „In der Erstaufnahmeeinrichtung haben die Asylsuchenden keine freie Arztwahl. Sie berichten immer wieder, dass die Versorgung nicht ausreichend oder nicht zufriedenstellend ist. Besonders Frauen beklagen das Fehlen weiblicher Ansprechpartnerinnen.“

Aus Sicht von PRO BLEIBERECHT muss das Problem der mangelhaften medizinischen Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen strukturell gelöst werden: Freie Arztwahl, Behandlung außerhalb der Erstaufnahmestelle, angemessene Behandlung im Rahmen des Bedarfs der Patient\*innen – nicht im Rahmen der engen Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes, angemessene Weiterweisung zu Fachärzt\*innen sowie ausreichend Übersetzer\*innen für Behandlungen.

„Das Landesamt für innere Verwaltung schreibt in seiner Presseerklärung, die medizinische Betreuung für Asylsuchende sei weiterhin sichergestellt. Aus meiner Sicht ist das eine Farce. Die Umstände machen dies im Grunde unmöglich“, so Iskenius weiter. „Meine und die Erfahrungen eines Kollegen, der eine Behelfssprechstunde vor Horst anbietet, zeigen das Gegenteil: Auch abseits des konkreten Vorfalls ist die medizinische Versorgung keineswegs ausreichend.“

PRO BLEIBERECHT hatte vom 28.1.-4.2.2018 mit einer Mahnwache auf die schlechten Bedingungen und die Isolation in der Erstaufnahmestelle aufmerksam gemacht. Hierbei führte die Initiative zahlreiche Gespräche mit Bewohner\*innen der Einrichtung. Generell fordert PRO BLEIBERECHT die Schließung von Sammeleinrichtungen und eine möglichst kurze Unterbringungszeit in Erstaufnahmestellen.